

## **Beschluss der Klausur des SPD-Parteivorstandes am 13. / 14.10.24**

Der Parteivorstand möge Folgendes beschließen:

### **Wir kämpfen für Deutschlands Zukunft: Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze sichern, Beschäftigte entlasten**

Deutschland befindet sich in einer historischen Umbruchphase. Ein globaler Wettbewerb um Produkte, Technologien, Innovationen und Produktionsorte der Zukunft fordert uns heraus. Deutschland ist ein starker und innovativer Industriestandort. Zugleich haben in den letzten Wochen eine Reihe von Unternehmen angekündigt, Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen und angefangen, Standorte zu hinterfragen. Die SPD steht gerade jetzt, wo es schwieriger wird, an der Seite der Beschäftigten. Wir kämpfen für jeden einzelnen Arbeitsplatz und eine gute Zukunft für die Beschäftigten und ihre Familien, die ohnehin bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter Druck stehen. Die Grundlage ist eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa. Wir wollen, dass wir auch in Zukunft stolz auf „Made in Germany“ sein können, dass wir die Produkte der Zukunft klimaneutral produzieren und die Märkte von morgen erobern.

Die Krisen der vergangenen beiden Jahre haben schonungslos offengelegt, dass in Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums zu viel liegengeblieben ist. Das rächt sich jetzt. Die SPD geführte Bundesregierung hat unter Bundeskanzler Olaf Scholz damit begonnen, die dringend notwendige Modernisierung Deutschlands anzugehen: wie den Ausbau moderner Netze, die Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien, den „Deutschland-Pakt“ zur Beschleunigung von Planung und Genehmigung, die Ansiedlung von Schlüsselunternehmen in wichtigen Bereichen der Wertschöpfungsketten, die Öffnung des Landes für Fachkräfte aus anderen Ländern sowie die Mobilisierung des Fachkräfte-Potentials in unserem Land.

Als aktuellen Impuls hat die Bundesregierung die Wachstumsinitiative mit zahlreichen Maßnahmen zur Steigerung des Produktivitätswachstums und weiteren Wachstumsimpulsen auf den Weg gebracht. Diese muss nun zügig vom Bundestag beschlossen werden.

Vieles wird sich in Zukunft für unser Land auszahlen. Es wäre töricht, diesen Weg der Modernisierung abubrechen. Er muss entschlossen weitergehen und den Menschen in unserem Land dienen. Die SPD setzt dabei klare Prioritäten.

### **Unser Ziel: Ein Aufschwung für alle und nicht nur für Wenige**

Nach zwei Jahren ohne wirtschaftliches Wachstum geht es für unser Land um sehr grundsätzliche Fragen. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas muss sich in vielen Bereichen verbessern. Auf europäischer Ebene bieten die Berichte von Mario Draghi und Enrico Letta dafür wichtige Anknüpfungspunkte. Europa muss seine Finanzierungsbedingungen deutlich verbessern, durch den konsequenten Ausbau der

europäischen Banken- und Kapitalmarktunion. Der europäische Binnenmarkt muss vertieft werden.

Echte Wettbewerbsfähigkeit entsteht unter anderem durch eine moderne Infrastruktur, durch Innovations sprünge und Investitionen, durch die Förderung von Forschung und Entwicklung, durch eine sichere, bezahlbare Energieversorgung und nicht zuletzt durch gut ausgebildete Beschäftigte, die sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze und eine Zukunftsperspektive brauchen, um ihre Fähigkeiten zu entfalten. Gleichzeitig machen wir Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigung, schnellere Genehmigungen und Digitalisierung unserer Verwaltung zu einer Daueraufgabe.

Wer immer noch glaubt, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auch noch in Zeiten des Fachkräftemangels auf dem Rücken von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessern zu können, hat die falschen wirtschaftspolitischen Konzepte. Lohnzurückhaltung, Sozialabbau, Rentenkürzungen, die Einschränkung des Streikrechts, die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur oder die Streichung öffentlicher Investitionen – diese Konzepte, wie sie vor allem aus der CDU unter Friedrich Merz immer wieder präsentiert werden, sind der falsche Weg für unser Land. Wer die Beschäftigten in Deutschland als faul beschimpft und ihnen gute Löhne und sichere Renten verweigert, der hat den Respekt für die wahren Leistungsträger verloren, die unser Land mit ihrer harten Arbeit jeden Tag am Laufen halten. Dazu gehören auch die vielen Millionen Beschäftigten mit familiären Einwanderungsgeschichten und ihre Familien, die jeden Tag erleben müssen, von CDU und CSU als „Problem“ bezeichnet zu werden.

Für uns ist ganz klar: Ein neuer Aufschwung für Deutschland muss allen dienen und nicht nur wenigen. Um diese Richtungsentscheidung wird es auch bei der Bundestagswahl 2025 gehen.

## **I. Unsere Prioritäten für einen neuen Aufschwung: Infrastruktur modernisieren, Innovationen fördern, Energiepreise senken**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übernehmen Verantwortung dafür, dass Unternehmen in Deutschland die besten Voraussetzungen haben, erfolgreich zu sein und zukunftsfeste Arbeitsplätze sichern und schaffen. Deutsche Unternehmen gehören in vielen Bereichen zur Weltspitze oder haben es in der Hand, zur Weltspitze aufzuschließen. Diesen Anspruch muss die deutsche Wirtschaft haben.

### **Den Wandel mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestalten**

Die aktuellen Herausforderungen müssen *mit* und nicht gegen die Beschäftigten gemeistert werden. Krisen löst man nicht, indem man Leute rausschmeißt, sondern indem die richtigen Entscheidungen für die Zukunft getroffen werden, was bei manchen Management-Entscheidungen in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen ist. Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen erarbeiten. Die aktuellen Herausforderungen sind auch die Stunde der Sozialpartnerschaft. Gelingende Sozialpartnerschaft bedeutet Verhandlung auf Augenhöhe und sie bedeutet nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg.

Damit wir auch in Zukunft stolz auf „Made in Germany“ sein können und die Märkte von morgen erobern, brauchen wir Fachkräfte, die diesen Wandel gestalten. Doch den Fach- und Arbeitskräftemangel spüren viele Bürgerinnen und Bürger schon jetzt, wenn die Kita früher schließt oder sich niemand findet, der die Solaranlage auf das Dach montieren kann. In dieser Legislatur haben wir schon viel unternommen, um die hiesigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern und um zugleich die besten Leute für unser Land zu begeistern. Den Unternehmen müssen wir dabei helfen, Verfahren beschleunigen zu können, aber auch eine Ankommenskultur für Fachkräfte aus dem Ausland zu entwickeln. Um dem Fachkräftebedarf der Zukunft zu begegnen, ist ebenfalls die Investition in beste Bildung als gesamtgesellschaftliche Verantwortung ein zentraler Schlüssel. Wir brauchen jetzt eine gut ausgestattete Arbeitsmarktpolitik, die die Beschäftigten befähigt, den Wandel zu gestalten und die den Arbeitsmarkt bei konjunkturellen Einbrüchen abfedern kann. Hierzu müssen die notwendigen Mittel bei der Bundesagentur für Arbeit und bei den Jobcentern hinterlegt werden.

### **Deutschlands Infrastruktur modernisieren**

Deutschlands Infrastruktur braucht ein Update. Die deutlich gestiegenen öffentlichen Investitionen der Regierung von Bundeskanzler Olaf Scholz weisen dafür den richtigen Weg. Eine moderne Infrastruktur kommt allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zugute und ist gleichzeitig die Basis für erfolgreiche Unternehmen.

Ein modernes Land braucht leistungsfähige Verkehrswege mit sanierten Straßen, Schienen und Brücken, es braucht moderne digitale Netze und eine leistungsfähige Energieinfrastruktur und nicht zuletzt gut ausgestattete, moderne Kitas, Schulen und Hochschulen, die für eine gelingende Bildung und Ausbildung für alle jungen Menschen sorgen. Auch das verstehen wir unter einer sozialdemokratischen Angebotspolitik.

„Mehr Kapitalismus wagen“ wie es Friedrich Merz propagiert, ist wiederum nicht die Antwort, die Deutschland braucht. Wir werden dafür sorgen, dass der Wandel die Gesellschaft nicht in neue Gewinner und Verlierer spaltet. Der Staat wird auch in Zukunft Regeln für fairen Wettbewerb und verantwortliches Wirtschaften aufstellen. Bund, Länder und Kommunen haben eine gemeinsame Verantwortung für die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und machen so auch weitere private Investitionen erst möglich.

Dafür wollen wir bestehende Möglichkeiten zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen der Schuldenregel stärker nutzen, etwa das bereits eingesetzte Instrument der finanziellen Transaktionen. Daneben streben wir eine zielführende Reform der Schuldenregeln an, mit dem Ziel höherer Investitionen, von denen die Menschen in ihrem Alltag konkret profitieren und die den nachfolgenden Generationen keine marode Infrastruktur aufbürdet. Jede Investition in die klimaneutrale und digitale Wirtschaft, jede Investition in gelingende Bildung ist eine Investition in Jobs der Zukunft und gute Löhne.

Damit ein neuer Aufschwung gelingt, braucht es weitere Impulse zur Modernisierung unseres Landes. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Bundesverband der Deutschen Industrie haben Finanzierungsvorschläge entwickelt, um den Investitionsstau im Bereich der

Infrastruktur, Bildung und Wirtschaft anzugehen. Wir begrüßen dieses gemeinsame Vorgehen und stellen uns der Debatte mit aller Offenheit.

Darüber hinaus werben wir für die Einrichtung eines Deutschlandfonds, um privates und öffentliches Kapital für Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren.

Unser Ziel ist, durch mehr öffentliche Investitionen und bessere Rahmenbedingungen die Voraussetzungen zu schaffen, dass deutlich mehr privates Kapital in Deutschland investiert wird.

### **Energiepreise senken**

Wir werden verlässlich und dauerhaft verhindern, dass die Netzentgelte für Unternehmen und Privathaushalte weiter steigen und damit Planungssicherheit für Unternehmen schaffen. Unser Ziel sind wettbewerbsfähige Energiepreise, damit Unternehmen hier investieren und wachsen können.

Mit den vom Bundeskanzler vorgeschlagenen Maßnahmen liegt nun ein umfangreiches Paket für dauerhaft wettbewerbsfähige Industriestrompreise auf dem Tisch, das bereits bestehende und vereinbarte Entlastungen ergänzt. Die Ausweitung der Strompreiskompensation insbesondere auf die Chemie- und Glasindustrie und die zusätzlichen Instrumente zur Absenkung der Netzentgelte sind weitere wichtige Schritte auf dem Weg zu wettbewerbsfähigen Strompreisen, insbesondere für die energieintensiven Unternehmen. Zusammen mit der bereits beschlossenen Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Haushalt und der Absenkung der Stromsteuer für produzierende Unternehmen und die Landwirtschaft auf das europäische Minimum nehmen wir viele Milliarden zur gezielten Stärkung unserer Industrie in die Hand.

Entscheidend bleibt aber auch der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie der Stromnetze und mehr Planungssicherheit bei Netzanschlüssen. Sonne und Wind sind auf mittlere Sicht die kostengünstigste Art, Strom zu produzieren. Um den erforderlichen Ausbau der Energieinfrastruktur schnell und kostengünstig voranzutreiben, soll sich der Staat an der Finanzierung des Infrastrukturausbaus beteiligen. Dies kann unter anderem geschehen, indem er sich stärker mit Eigenkapital an Unternehmen, die Infrastrukturen bereitstellen, beteiligt.

### **Innovationen fördern**

Deutschland hat nach wie vor einen milliardengroßen Investitionsstau nicht nur in der öffentlichen Infrastruktur, sondern gerade auch in vielen Unternehmen. Wir wollen, dass Unternehmen in Deutschland investieren. Dabei ist uns die pauschale Senkung von Unternehmenssteuern zu wenig zielgenau. Stattdessen wollen wir umfassende Superabschreibungen und Steuerprämien für Unternehmen an Investitionen in Zukunftsbranchen und gute Arbeitsplätze am Standort Deutschland knüpfen. Wer in Deutschland investiert, erhält steuerliche Vergünstigungen.

Klar ist: Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit, damit sich neue Technologien durchsetzen. Diskussionen, die etwa den eingeschlagenen Weg zur E-Mobilität infrage stellen, gefährden die Akzeptanz von E-Autos in der Bevölkerung, schüren Unsicherheiten bei Investoren und werfen Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter zurück. Die Zukunft unseres Autolandes Deutschland liegt in der E-Mobilität. Damit deutsche Hersteller auf dem Weltmarkt konkurrieren können, müssen wir in Europa mehr E-Autos produzieren und verkaufen. Um die Automobilwirtschaft in Schwung zu setzen, braucht es kurzfristig mehr bezahlbare Modelle. Leasinganbieter sollen verpflichtet werden, eine bestimmte Quote an E-Autos anzubieten, E-Dienst- und Betriebswagen steuerlich bessergestellt werden. Darüber hinaus braucht es mehr Tempo von Bund und Ländern beim Ausbau der Ladeinfrastruktur. In Abstimmung mit Industrie und Gewerkschaften werden wir neben anderen Maßnahmen auch Kaufanreize prüfen, die jedoch Mitnahmeeffekte vermeiden, zielgenau der deutschen Industrie helfen, einen Hochlauf der E-Mobilität nachhaltig fördern und auch negative Effekte auf dem Zweitmarkt vermeiden.

## **II. Unsere Zusage für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Bessere Löhne, stabile Renten und weniger Steuern**

Deutschland hat fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen Respekt gebührt. Sie sind das Rückgrat unseres Wohlstands. Egal ob sie Vollzeit oder Teilzeit arbeiten, egal ob in der Produktion, in Dienstleistungs- oder in sozialen Berufen. Unsere Politik zielt darauf ab, ihnen mehr Sicherheit zu geben, Teilhabe zu ermöglichen und die Phase von Reallohn- und Kaufkraftverlusten endgültig hinter uns zu lassen. Das ist auch wichtig für die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland.

Die SPD geführte Bundesregierung hat die hohe Inflation, die vielen Menschen in unserem Land zugesetzt und der wirtschaftlichen Entwicklung geschadet hat, erfolgreich bekämpft. Auch die Reallöhne sind im letzten Jahr wieder gestiegen. Nun gilt es weitere Schritte zu gehen.

### **Weniger Steuern für die arbeitende Mitte**

Wir wollen, dass die Menschen mehr Geld in der Tasche haben. Jede und jeder, der hart arbeitet, muss sich ein gutes Leben leisten können. Im Rahmen einer grundlegenden Einkommensteuerreform wollen wir nach der nächsten Bundestagswahl die große Mehrheit der Steuerzahlenden (etwa 95 Prozent) entlasten und dafür die höchsten 1 Prozent der Einkommen etwas stärker in die Verantwortung nehmen. Diese Reform wird den Menschen mehr finanziellen Spielraum geben und die Kaufkraft stärken. Damit kurbeln wir die Wirtschaft von unten und aus der Mitte der Gesellschaft an. Die Steuerpflichtigen mit den allerhöchsten Einkommen müssen dafür etwas mehr Verantwortung übernehmen, um eine Steuersenkung für den Großteil der Menschen zu finanzieren.

### **Mindestlohn verbessern, Tariftreuegesetz endlich durchsetzen**

Die SPD hat die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro durchgesetzt. Das war eine Gehaltserhöhung für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie hat dazu beigetragen, dass der Niedriglohnssektor in den letzten Jahren wieder kleiner geworden ist. Die

jüngsten Anpassungen, die die Arbeitgeberseite in der Mindestlohnkommission gegen die Stimmen der Gewerkschaftsseite durchgesetzt hat, waren deutlich zu niedrig. Wir sind dafür, dass der Mindestlohn zügig und schrittweise auf 15 Euro steigt. Das ist gerecht und erhöht die Kaufkraft in Deutschland.

Mit dem Bundestariftreuegesetz werden viele öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen. Das macht für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen großen Unterschied und wird das Lohnniveau stärken. Dieses Gesetz muss jetzt zügig umgesetzt werden.

### **Rentenpaket II noch in diesem Jahr verabschieden**

Die SPD hat bei der Bundestagswahl 2021 eine langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus versprochen. Davon profitieren Millionen heutiger Rentnerinnen und Rentner, aber vor allem diejenigen, die in Zukunft in Rente gehen. Es bietet der Arbeitnehmerschaft mehr Sicherheit, denn ohne die Stabilisierung der Rente würde das Rentenniveau für Millionen Menschen rapide sinken. Das wäre nicht generationengerecht. Das Rentenpaket wurde im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert. Es wurde in der Bundesregierung ausverhandelt und vom Kabinett beschlossen. Es gibt keinen Grund mehr, den parlamentarischen Beschluss im Bundestag zu verzögern oder zu blockieren. Das Rentenpaket muss noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Wir sorgen mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz für den konsequenten Ausbau der Betriebsrenten und reformieren die private Altersvorsorge.